



## **Ruhrgebietsstädte bei der Integration von EU-Zugewanderten unterstützen**

Der Beitritt Rumäniens und Bulgariens zur Europäischen Union im Jahr 2007 war ein erster Schritt zur Annäherung der Lebensverhältnisse, der Armutswanderung und Abwanderung von Unternehmen in Billiglohnregionen nachhaltig verhindern soll. Zunächst hat er aber zu einer verstärkten Zuwanderungsbewegung aus Südosteuropa nach Deutschland geführt. Vor dem Beitritt der beiden Länder lebten rund 110.000 Menschen aus Bulgarien und Rumänien in Deutschland, Ende 2016 waren es knapp 800.000. Neben gut ausgebildeten und qualifizierten Menschen, die schnell Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt gefunden haben, sind auch viele Menschen, die in Rumänien und Bulgarien gesellschaftlich ausgegrenzt waren und einen niedrigen Bildungsstand vorweisen, nach Deutschland zugewandert. Diese Menschen haben auch in Deutschland große Probleme am Erwerbsleben teilzunehmen. Probleme, die bereits in den Herkunftsländern existierten, setzten sich in Bereichen wie Arbeit, Gesundheit, Wohnen und Bildung fort. Für viele ist die Erwirtschaftung eines auskömmlichen Lebensunterhaltes nicht realisierbar, sie landen in Ausbeutungs- und Abhängigkeitsstrukturen und werden mit existentiellen Notlagen konfrontiert.

Die Zuwanderung und die damit verbundenen Probleme konzentrieren sich auf einige stark betroffene Regionen. Neben Berlin oder München sind besonders die Kommunen im Ruhrgebiet betroffen.

Mangelnde Deutschkenntnisse und fehlende Schul- und Berufsabschlüsse führen dazu, dass seitens der Kommunen erhebliche Integrationsanstrengungen zu leisten sind. Die SGB-II-Quoten von rumänischen und bulgarischen Staatsangehörigen, die bundesweit im Februar 2018 bei 18,2 Prozent lagen, betragen in einigen deutschen Ankunftsstädten über 40 Prozent. Die resultierende Armut und fehlender Krankenversicherungsschutz führen zu weiteren erheblichen Belastungen für die ohnehin knappen kommunalen Kassen.

Im Jahr 2014 hat die damalige Bundesregierung auf Druck der SPD ein Soforthilfeprogramm in Höhe von 25 Millionen Euro für die betroffenen Kommunen aufgelegt. Doch dieses einmalig geschnürte Hilfspaket ist nicht ausreichend. Wir müssen akzeptieren, dass ein Großteil der Zugewanderten in Deutschland bleiben wird und integriert werden muss. Im Koalitionsvertrag konnte die SPD eine Unterstützung der Kommunen in dieser Frage durchsetzen: *„Wir werden angespannte Situationen in Städten entlasten und den Auswirkungen des demografischen Wandels in ländlichen Regionen und strukturschwachen Städten entgegenwirken. Hierzu gehört auch die Bekämpfung der Ursachen und Folgen europäischer Armutszuwanderung.“*

### **Vor diesem Hintergrund fordern wir:**

- Die Bundesregierung muss ein Konzept entwickeln, wie die betroffenen Kommunen dauerhaft bei der Integration der im Zuge der EU2-Erweiterung Zugewanderten finanziell unterstützt werden können. Dabei muss die kommunale Ebene einbezogen werden. Neben Integrationspauschalen ist die Einrichtung eines Fonds sowie eine allgemeine Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung im SGB II (KdU) denkbar, um die Kommunen insgesamt finanziell zu entlasten und ihnen finanzielle Möglichkeiten für die Lösungen vor Ort zu geben.
- Der Bundesgesundheitsminister muss endlich entschlossen auf die europäischen Herkunftsländer zugehen und eine europäische Lösung für die Menschen finden, die ohne Krankenversicherungsschutz im Rahmen der EU-Freizügigkeit nach Deutschland kommen.
- Die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ muss zügig eingesetzt werden und sich auch als „Ruhrgebietskommission“ verstehen. Die beschriebenen Fragen der EU2-Zuwanderung müssen im Rahmen der Arbeit der Kommission thematisiert werden.
- Es war ein Fehler des BAMF, die sozialpädagogisch begleiteten Integrationskurse (Spbl), die in vier Pilotstädten (Berlin, Dortmund, Duisburg, München) erfolgreich erprobt wurden, im vergangenen Jahr einzustellen. Die Kurse sind Voraussetzung für eine Integration in Erwerbsarbeit, sie müssen fortgeführt und für weitere Gruppen und betroffene Kommunen geöffnet werden.
- Wir bekräftigen unsere Forderung nach einem Ausbau der Schulsozialarbeit und Quartiersarbeit gerade (und mindestens) in den betroffenen Stadtteilen und einer (Mit-)Finanzierung durch den Bund.
- Es ist jedoch nicht nur der Bund in der Verantwortung. Auch die schwarz-gelbe Landesregierung in Nordrhein-Westfalen muss ihrer Verantwortung nachkommen und sich an der Lösung der beschriebenen Probleme in den Kommunen im Ruhrgebiet aktiv beteiligen. Gerade vor dem Hintergrund der Ankündigung, das Ruhrgebiet im Zuge einer Ruhrkonferenz in das Zentrum der Politik stellen zu wollen, muss die Landesregierung einen Aktionsplan zur Unterstützung der von der Zuwanderung betroffenen Kommunen entwickeln. Insbesondere muss sie den ESF wieder für die Lösung der vor Ort faktisch vorhandenen Problemlagen öffnen und sich dafür einsetzen, dass das Ruhrgebiet auch nach 2020 von Mitteln der EU-Strukturförderpolitik profitiert. Bislang sieht es leider so aus, dass sich hinter der Ankündigung der Landesregierung lediglich heiße Luft verbirgt und ihre Politik dem Ruhrgebiet mit seinen über fünf Millionen Einwohnern keine Priorität beimisst.

\*\*\*